

Blauzungenkrankheit Hitzige Debatte im Kantonsrat – Gegner der Impfpflicht unterliegen klar

Impfungen werden nicht gestoppt

Jeder Bauer muss sein Vieh gegen die Blauzungenkrankheit impfen. Der Kantonsrat schafft aber eine Meldestelle und bezahlt Impfschäden.

Philippe Klein

Für Emotionen sorgte gestern der Aufmarsch von gut zwei Dutzend Bauern vor und im Zürcher Kantonsrat. Schon von weitem hörte man vor der Sitzung die Kuhglocken und sah die Transparente, mit denen die Landwirte sich gegen den vom Bund verhängten Impfpflicht wehrten, weil sie schädlich für Rinder und Schafe seien. Rädelsführer war der Grüne Bauer und Kantonsrat Urs Hans aus Turbenthal, zugleich Erstunterzeichner zweier Postulate zum Thema «Blauzungenkrankheit», die gestern verhandelt wurden. Eine Aufhebung des Impfpflichts fand im Rat zwar keine Gnade (132 zu 27 Stimmen). Dafür wurde mit 135 zu 27 Stimmen eine Meldestelle bewilligt, die den Bauern den Schaden am Viehbestand, den sie durch die Impfung erlitten haben wollen, vergüten soll.

Urs Hans hatte sein Feindbild rasch enthüllt: Es sind die «Schmalspur-Veterinäre» der eidgenössischen und kantonalen Verwaltung, die ihm und seinen Berufskollegen das Leben schwer machen. Rinder und Schafe müssten von sich aus Abwehrkörper gegen die Blauzungenkrankheit bilden. Nur so sei die Krankheit zu überwinden. Ausserdem seien nur einzelne Tiere betroffen – von einer Seuche könne keine Rede sein. «Es ist ein Skandal, dass deswegen der Impfpflicht eingeführt wird», ärgerte sich Hans. «Nie hat ein Veterinär die Stiefel angezogen und in unsere Ställe geschaut, die Massnahme wurde vom Schreibtisch aus verordnet.» Und er schloss seine Rede gegen den Impfpflicht

Kantonsbudget 2010 Postulat dringlich erklärt

Kantonsrat sorgt sich über die wachsenden Staatsausgaben

Kann der Kanton seine Ausgaben auf 12 Milliarden Franken einfrieren? Der Regierungsrat muss das jetzt dringlich abklären.

Philippe Klein

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise beschäftigen auch die Zürcher Kantonalpolitik. Die Sorge vor dem konjunkturellen Abschwung und seinen Konsequenzen für den Staatshaushalt ist mittlerweile so gross, dass der Kantonsrat gestern mit 100 Stimmen ein Postulat für dringlich erklärt hat, das den Aufwand im Budget 2010 auf den bisherigen 12 Milliarden plafonieren will. Nötig gewesen wären lediglich 60 Stimmen.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): «Wir planen Mehrausgaben – das wäre ein Hochkonjunkturbudget.»



Gemäss dem Erstunterzeichner, Arnold Suter (SVP, Kilchberg), müsste jetzt das Ruder herumgerissen werden: «Die wirtschaftlichen Aussichten haben sich markant verschlechtert, dennoch planen wir für 2010 bereits wieder Mehrausgaben von 380 Millionen Franken – das wäre ein Hochkonjunkturbudget.» Diesen Ärger teilte Mitunterzeichner Thomas Maier (GLP, Dübendorf): «Wir müssen das Ausgaben-



Marcel Bulet (SP, Regensdorf) und Werner Scherrer (FDP, Bülach) bahnen sich den Weg durch die Protest-Bauern. (Sibylle Meier)

mit den Worten mit dem pointierten Fazit: «Wer seine Tiere nicht vergiftet, wird kriminalisiert.»

Hans bekam tobenden Applaus von den Bauern auf der Zuschauertribüne, worauf Kantonsratspräsidentin Regula Thalman (FDP, Uster) die Besucher darauf aufmerksam machte, dass Sympathiebekundungen in diesem Haus nicht erlaubt seien. Die Besucher hielten sich daran – bis ihr Vorhaben an der Abstimmung scheiterte und ein Bauer «Mafia!» von der Empore rief.

«Kleine Risiken, grosser Erfolg»

Die Ratsmehrheit sah das Geschäft etwas nüchterner. Martin Farner (FDP,

Oberstammheim) sagte, die Risiken bei der Impfung seien klein und der Behandlungserfolg gross. Ausserdem seien die Impfungen vom Bund vorgeschrieben. Landwirt Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil) nahm den Schlag der Veterinäre in Schutz. Es sei nicht hilfreich, die Beamten anzugreifen. Die Zusammenarbeit laufe im Grossen und Ganzen gut, man dürfe «jetzt nicht draufloslaufen».

Hans Frei (SVP, Regensdorf) – auch er ein Bauer – brach eine Lanze für die Beamten, «ich kann nicht zuhören, wenn die Veterinäre hier als kriminelle dargestellt werden», sagte der SVP-Fraktionschef. Zwar sei es nötig, das Vertrauen der Landwirtschaft zurückzugewinnen und

mehr Transparenz zu schaffen. «Daher unterstützt die SVP die Schaffung einer Meldestelle aus Vertretern der Tierhalter und Tierärzte.»

Nur fünf verweigern Impfung

Regierungsrat Thomas Heiniger legte mit einigen Zahlen das Ausmass der Impferweigerungen offen. Im ganzen Kanton seien 3700 Bauern vom Obligatorium betroffen; 11 davon hätten die Impfung ihres Viehbestandes verweigert, nach Gesprächen gebe es jetzt noch fünf Landwirte, die sich gegen die Impfung sträuben. «Mit ihnen sind wir nach wie vor in Kontakt», sagte Heiniger, «ich bin sicher, dass wir eine Lösung finden.»

Fluglärm Regierung startet Umfrage zum ZFI

Ein Brief von Rita Fuhrer sorgt rundum für Kopfschütteln

Die Gemeinden sollen helfen, den Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) in den Griff zu bekommen. Ein Ansinnen, das auf wenig Gegenliebe stösst.

Oliver Steimann

Der ZFI, 2007 als neues Instrument zur Begrenzung der Fluglärmbelastung eingeführt, ist ausser Kontrolle geraten. 2008 dürfte der Richtwert von 47 000 lärmbelastigten Personen überschritten worden sein. Schuld daran sind vermehrte Nachtflüge und das Bevölkerungswachstum. Über mögliche Gegenmassnahmen will die Regierung aber erst im Spätherbst informieren.

Dass die Nervosität bei den Verantwortlichen steigt, zeigt ein Brief, den Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer in den letzten Tagen den Städten, Gemeinden und Planungsgruppen im ZFI-Gebiet zukommen liess. Sie sollen Auskunft darüber geben, mit welchen planungs- und baurechtlichen Massnahmen sie die Bevölkerungsentwicklung einzudämmen gedenken.

«Schreiben zeigt Hilflosigkeit»

Fuhrer begründet ihr Schreiben mit einer gleichlautenden Anfrage von Martin Arnold (SVP, Oberrieden) im Kantonsrat, die nur mit Hilfe der Gemeinden seriös beantwortet werden könne. Eine Erklärung, die der Rümlanger Gemeindepräsident Thomas Hardegger, seinerseits SP-Kantonsrat, nicht goutiert. Er sehe nicht ein, weshalb ein derart grosser Aufwand betrieben werde, «um Fragen zu beantworten, über

welche das kantonale Amt für Raumordnung und Vermessung schon längst hätte nachdenken sollen». Den Gemeinden fehle jegliche gesetzliche Grundlage, um mit Verweis auf den ZFI irgendwelche Baueinschränkungen verordnen zu können, so Hardegger.

Auch Richard Hirt, Gemeindepräsident von Fällanden, sieht keinen Grund, auf kommunaler Ebene etwas zu unternehmen. «Solange der Sachplan des Bundes (SIL) und das Betriebsreglement des Flughafens nicht festgelegt sind, ist ja ohnehin alles völlig offen.» Für ihn zeugt Fuhrers Brief vor allem von Hilflosigkeit. «Es herrscht Unsicherheit in der Volkswirtschaftsdirektion», vermutet Franz Zemp, Gemeindepräsident von Bassersdorf. Auch er möchte den ZFI nicht als Grundlage für Bauverbote heranziehen müssen.

Aufweichung wird klar abgelehnt

Ins gleiche Horn stösst Peter Staub, Präsident der Gemeinde Dällikon und des Flughafen-Schutzverbands. «Wir haben Bauordnungen, an die wir uns zu halten haben.» Der Klotener Stadtpräsident René Huber betont, dass der ZFI letztlich ein Messinstrument sei – kein Gesetz über Bauverbote. «Und nur um zu wissen, dass wir in den Flugschneisen keine neuen Wohngebiete schaffen sollten, brauchen wir ihn auch nicht.»

Als alternative Möglichkeit wird im regierungsrätlichen Brief vorgeschlagen, die Bevölkerungsentwicklung im ZFI künftig nicht mehr zu berücksichtigen. Doch damit beisst man im Flughafen-Umfeld auf Granit. «Total daneben» findet Peter Staub diese Idee. Und auch Richard Hirt findet es falsch «jetzt als Erstes an den Berechnungsmethoden herumzuschrauben».

Gesagt ist gesagt

Regierungsrat aufgepasst!



«Mit 30 Hochstamm-bäumen pro Person verfügt unsere Fraktion vermutlich über die höchste Dichte.»

Die Partei von Michael Welz (EDU, Oberembrach) betrifft das Thema Feuerbrand besonders.

«Hallo! Wo sind wir denn da?»

Raphael Golta (SP, Zürich) kritisierte den Sparwillen von SVP und FDP zu Zeiten der Wirtschaftskrise und währte sich im falschen Film.

«Ich wäre froh, wenn der Herr Regierungsrat auch zuhört.»



Urs Hans (Grüne, Turbenthal) verlangte bei seinem zweiten Votum zur Blauzungenkrankheit ungeteilte Aufmerksamkeit.

«Regierungsrat Kägi hat sich als Jägersmann offensichtlich am Schwarzwild orientiert. Dieses hält sich in Deckung, aber wenn es in Bewegung kommt, ist es schnell und kann auf lange Strecken das Tempo halten.»

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) gab in einer persönlichen Erklärung seiner Freude Ausdruck über das Gebäudesanierungsprogramm des Kantons, das Markus Kägi letzte Woche präsentiert hat. (pik)

Zürcher Kantonsrat

Weitere Ratsgeschäfte

Wahlen. In die Kommission für Staat und Gemeinden hat der Kantonsrat gestern Max Homberger (Grüne, Wetzikon) gewählt. In die Kommission für Planung und Bau wurde Martin Geilinger (Grüne, Winterthur) bestellt.

Bauvorschriften. Der Rat hat ein FDP-Postulat zur Befreiung von Bauvorschriften für Liftanbauten zur behindertengerechten Erschliessung abgeschrieben.

Feuerbrand. Diskutiert und abgeschrieben wurde auch ein Postulat von EVP, EDU und CVP, das die Förderung von Ersatzpflanzen von durch Feuerbrand geschädigten Hochstamm-Obstbäumen vorsah. Mitbesprochen wurde eine SVP-Interpellation zum selben Thema.

Wanderwege. Äusserst knapp, mit 79 zu 78 Stimmen, wurde ein Postulat von Grünen, SP und CVP überwiesen, das vorsieht, keine Flur-, Fuss- und Wanderwege mehr zu asphaltieren, sondern mit Recyclinggranulat zu sanieren.

Bauzonen. Keine Chance hatte hingegen ein Postulat der Grünen, das Einzonungen nur noch gestattet, wenn eine gleich grosse Fläche aus der Bauzone ausgezont wird. Es wurde mit 68 zu 91 Stimmen abgelehnt. (pik)

REKLAME

Hotel Restaurant
Bienengarten Dielsdorf
044 853 12 17



Gitzi: Geduld bis Ostern?

Nein, denn bei uns im Bienengarten gibt es schon jetzt zartes, exzellentes Gitzi aus Frankreich – jetzt müssen Sie nur noch reservieren!

www.bienengarten-dielsdorf.ch
008.165390 Tägl. 9 bis 24 Uhr, Sa ab 18 Uhr